

DS-172/21-26 2. Ergänzung

Haushaltssicherungskonzept und Änderungsbeschluss

Beschluss des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses vom 22.03.2022

Der Ausschuss nimmt das Haushaltssicherungskonzept zur Kenntnis wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. der Haushaltsplanentwurf ohne Konsolidierungsmaßnahmen bei einem Fehlbedarf von 15.150.879 EUR liegt,
2. der Haushalt ohne Konsolidierungsmaßnahmen wohl nicht genehmigungsfähig ist.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. die Firma Schüllermann mit der Fortsetzung des sogenannten „Schüllermann-Prozesses“ aus 2014 mit dem Ziel zu beauftragen, die damaligen Maßnahmen (inklusive der damals nicht weiter verfolgten Maßnahmen) zur Haushaltssicherung zu evaluieren und abzuschließen, um nachhaltige Veränderungen der Haushaltsstruktur zu finden, die sicherstellen, dass auch die Folgejahre ausgeglichen werden können,
2. den Verband für Kommunales Management (KGSt) so schnell wie möglich zu beauftragen, ein Haushaltssicherungskonzept gemeinsam mit dem Magistrat zu erarbeiten, das alle Einsparpotentiale und Ertragssteigerungen darstellen soll, um der Stadtverordnetenversammlung die gesamte Bandbreite der Möglichkeiten aufzuzeigen, wie ein Haushaltsausgleich dauerhaft erreicht werden kann, um nachhaltige Veränderungen der Haushaltsstruktur zu finden, die sicherstellen, dass auch die Folgejahre ausgeglichen werden können,
3. für den Haushalt 2022 einmalig die Sach- und Dienstleistungen pauschal um 10,68% (5.000.000 EUR) abzusenken,
4. für den Haushalt 2022 einmalig eine Gewinnabführung der Gewobau mbH in Höhe von 2,0 Mio. EUR,
5. für den Haushalt 2022 eine Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B um 272 Punkte (8.160.000 EUR) bis zur Grundsteuerreform, um den Haushaltsausgleich darzustellen.

Weiterhin beschließt sich Stadtverordnetenversammlung zur Entlastung des Investitionshaushalts

6. für den Haushalt 2022 die einmalige Aussetzung der Verpflichtungen aus der Hessenkasse beim Land Hessen analog zum Landkreis Groß-Gerau zu beantragen (1.600.000 EUR).

Abstimmungsergebnis:

Ohne Abstimmung

Rüsselsheim am Main, den 22.03.2022